



Marie Kurier

Newsletter der Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSC) | Ausgabe März 2023



Im Fokus: Gefährdete Forschende

In den vergangenen Jahren ist die Forschungsfreiheit weltweit – und auch in Europa – zunehmend unter Druck geraten. So ist eine signifikante Anzahl an Forscherinnen und Forschern heute aufgrund ihrer Tätigkeit bedroht und muss mitunter ihre Forschung aufgeben oder gar fliehen. Dies zeigt sich nicht erst mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der die Zahlen weiter steigen lässt.

Die hohe Aktualität des Themas zeigt sich auch in den Ergebnissen des [Academic Freedom Index](#), der 2023 zum vierten Mal erschienen ist. In ihm analysieren Forschende der Universitäten Erlangen-Nürnberg und Göteborg anhand verschiedener Parameter die weltweite Entwicklung der Wissenschaftsfreiheit, zuletzt in 179 Staaten. Hierbei zeigte sich, dass sich die Lage der Wissenschaftsfreiheit in den letzten 10 Jahren in nur fünf Staaten verbessert, jedoch in 22 Staaten signifikant verschlechtert hat. Deutschland gehört in diesem Index zur Spitzengruppe und belegt nach Tschechien, Estland, Belgien und Italien Platz 5.

Deutschland, die Europäische Union und die Mitgliedstaaten des Europäischen Hochschulraums (EHR) setzen sich seit Jahren gezielt für die Einhaltung und den Schutz der Grundwerte, wie Freiheit, Integrität und Sicherheit von Wissenschaft und Forschung im Rahmen internationaler

Wissenschafts- und Forschungskooperation ein. Im Rom Communiqué der Bologna-Ministerkonferenz 2020 bekannten sich die für Hochschulbildung zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten des EHR klar zu den akademischen Grundwerten, welche Wissenschaftsfreiheit und Integrität, Hochschulautonomie, Beteiligung von Lehrenden und Studierenden an der Leitung von Hochschuleinrichtungen, sowie gesellschaftliche Verantwortung der Hochschulbildung umfassen. Zudem setzten die Ministerinnen und Minister eine Arbeitsgruppe ein, welche bis 2024 diese Grundwerte definieren und ein Monitoring für deren Umsetzung entwickeln soll.

Darüber hinaus verabschiedeten die EU-Forschungsministerinnen und –minister unter Federführung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Oktober 2020 die [„Bonner Erklärung zur](#)

[Forschungsfreiheit](#)“. Die Erklärung stellt die zentrale Rolle der Forschungsfreiheit als gemeinsames Wertefundament für die Forschungszusammenarbeit innerhalb des Europäischen Forschungsraums und mit internationalen Partnern heraus. Auch im Rahmen der aktuellen Neuausrichtung des Europäischen Forschungsraums steht angesichts der komplexen globalen Herausforderungen und volatilen geopolitischen Verhältnisse die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit und Bedeutung der Wissenschaftsdiplomatie bewusst im Fokus. Auf der Grundlage des im November 2021 veröffentlichten [Paktes für Innovation und Forschung in Europa](#) ist es prioritäre Zielsetzung, basierend auf der Bonner Erklärung, die Förderung und Weiterentwicklung eines gemeinsamen grundsatzgeleiteten Schutzes der Forschungsfreiheit in Europa – sowohl strategisch als auch operativ in allen nationalen, europäischen und internationalen Förderprogrammen – voranzutreiben. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sensibel für aktuelle Bedrohungslagen und äußere Einflussnahme sind, tragen dazu bei, dieses Grundrecht zu schützen. Neben diesen grundlegenden Verankerungen des Schutzes gefährdeter Forschender und der Forschungsfreiheit in der europäischen Forschungspolitik sowie der Sensibilisierung der Akteure haben Deutschland und die EU im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine konkrete Maßnahmen für gefährdete Forschende ins Leben gerufen.

Deutschland hat die [„Nationale Akademische Kontaktstelle Ukraine“](#) eingerichtet, die beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) angesiedelt ist. Ziel ist es, Studierenden und Forschenden aus der Ukraine sowie Drittstaatsangehörigen eine erste Orientierung zum deutschen Hochschul- und Forschungssystem zu bieten sowie über Fördermöglichkeiten in Deutschland zu informieren. Angeboten wird zudem eine persönliche Online-Beratung für interessierte Studierende und Forschende. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat in ihr generelles Angebot für [geflüchtete Forschende](#) ein [Sonderprogramm für die Ukraine](#) aufgenommen. Hierbei übernimmt die DFG die Finanzierung des ukrainischen Projektteils in bilateralen Forschungsprojekten in Form von Sachbeihilfen für Einzelprojekte. Seit September 2022 gibt es zudem die Möglichkeit, über die Antragstellerinnen

und Antragsteller in Deutschland Mittel für den Lebensunterhalt der ukrainischen Partnerin bzw. des ukrainischen Partners bis zu einer maximalen Höhe von 1.000 € pro Monat pro projektleitende Person zu beantragen.

Die Europäische Kommission unterstützt schon seit Jahren mit ihrer Initiative [„Science4Refugees“](#) die Integration von geflüchteten Forschenden in den Arbeitsmarkt und das tägliche Leben in Europa. Neben ausführlichen Informationen zum Arbeiten und Leben in Europa führt das europäische [EURAXESS-Portal](#) speziell für diese Zielgruppe Angebote an Praktika sowie Teilzeit- und Vollzeitstellen, die entsprechend gekennzeichnet sind. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine dehnt die EU diese Initiative auf geflüchtete ukrainische Forschende aus, die mit zielgerichteten Angeboten flankiert wird: So tragen 43 Länder, die gegenwärtig Mitglied des europäischen EURAXESS-Netzwerks sind, auf der Informations- und Vermittlungsplattform [ERA4Ukraine](#) ihre nationalen Maßnahmen für geflüchtete ukrainische Forschende in einer einheitlichen Struktur auf Englisch und Ukrainisch zusammen. EURAXESS Deutschland hat diese Informationen auf der Hauptseite [des deutschen EURAXESS-Portals](#) veröffentlicht und aktualisiert sie bedarfsweise.

Auch über das aktuelle EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation – Horizon Europa – hat die Europäische Kommission etliche Maßnahmen eingeleitet. So stellte der Europäische Innovationsrat (European Innovation Council, EIC) in seinem Arbeitsprogramm 2022 insgesamt 20 Mio. EUR bereit, um mit einer 24-monatigen Coordination and Support Action die [ukrainische Forschungs- und Innovationsgemeinschaft](#) zu unterstützen und sie mit Gleichgesinnten aus der EU in Verbindung zu bringen. Dabei sollen über 200 ukrainische Start-ups mit einer Summe von bis zu 60.000 EUR pro Einrichtung gefördert werden.

Mit der Maßnahme [Horizon4Ukraine](#) hat die Europäische Kommission das EU-Rahmenprogramm für geflüchtete ukrainische Forschende geöffnet. Damit wird ihnen ermöglicht, eine Tätigkeit bei laufenden Projekten aufzunehmen, die eine Förderung über Horizon 2020 oder Horizon Europa erhalten. Einen entsprechenden Aufruf hat die Europäische

Kommission an alle Projektkoordinierenden gerichtet. Über das Funding and Tender Opportunities Portal können interessierte Forschende aus der Ukraine eine Liste mit verfügbaren Stellenangeboten aufrufen und sich bei Projekten bewerben, die ihrem wissenschaftlichen Profil entsprechen. Ähnlich wie bei Horizon4Ukraine, hat auch der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC) mit [ERC4Ukraine](#) alle Principal Investigators von laufenden ERC-Projekten ermutigt, geflüchtete ukrainische Forschende als Team-Mitglieder in ihre Projekte aufzunehmen. Die Liste von verfügbaren Projekten ist ebenfalls veröffentlicht.

In den Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen ist im Oktober 2022 das Programm [MSCA4Ukraine](#) angelaufen. Die EU hat 25 Mio. € bereitgestellt, um gefährdete ukrainische Forscherinnen und Forscher sowie Forschende aus Drittstaaten, die sich zu Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine befanden bzw. noch befinden, Forschungsaufenthalte in Europa zu ermöglichen. Federführend wird dieses Programm von der Alexander von Humboldt-Stiftung umgesetzt, die bereits seit 2016 die vom Bund geförderte [Philipp-Schwartz-Initiative](#) verantwortet. Mit dieser Initiative konnten seitdem mehrere hundert gefährdete Forschende Forschungsaufenthalte in Deutschland absolvieren.

In dieser Ausgabe möchten wir Ihnen nicht nur nationale und europäische Unterstützungsangebote im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg näher vorstellen, sondern auch beispielhaft über die Erfahrungen von geflüchteten Forschenden in Deutschland sowie ihren Gasteinrichtungen berichten. Dies soll Ihnen einen Einblick geben, wie die länderübergreifende wissenschaftliche Zusammenarbeit, die Solidarität mit geflüchteten Forschenden auf nationaler und europäischer Ebene und somit auch der Schutz der Forschungsfreiheit in Europa in der Praxis funktionieren.

Nationale Akademische Kontaktstelle Ukraine, DAAD

Seit dem Beginn des Krieges am 24. Februar 2022 ist der Beratungsbedarf von ukrainischen Studierenden und Forschenden sowie von in der Ukraine ansässigen

Drittstaatsangehörigen rasant gestiegen. Vom ersten Tag an kamen beim DAAD-Informationszentrum kontinuierlich zahlreiche Anfragen zu den Möglichkeiten von Studium und Forschung in Deutschland an.

So wurde auf gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der Länder mit der Allianz der Wissenschaftsorganisationen eine zentrale „Nationale Akademische Kontaktstelle Ukraine“ (NAKU) für Studierende sowie für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Ukraine eingerichtet. Diese wird durch das BMBF gefördert und ist beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) angesiedelt. Sie berät sowohl ukrainische Studierende und Forschende als auch Drittstaatsangehörige, die in der Ukraine ansässig waren, zu Studien- und Forschungsmöglichkeiten in Deutschland.

Die Nationale Akademische Kontaktstelle Ukraine wird von zwei Kolleginnen betreut, die ursprünglich im DAAD-Informationszentrum Kiew tätig waren. Nach Ausbruch des Krieges konnte dieses leider nicht weiter betrieben werden. So beraten die beiden nun von Bonn aus ukrainische Studierende und Forschende, die aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind oder noch in der Ukraine verbleiben:

Dr. Oksana Schwaika hat an der Universität Bielefeld im Fach Germanistik promoviert und war danach im DAAD-Informationszentrum Kiew für die Projektarbeit und die Kommunikation mit ukrainischen Hochschulen zuständig. In der Nationalen Akademischen Kontaktstelle Ukraine versorgt sie ukrainische geflüchtete Forschende mit Informationen, wie man eine akademische Gasteinrichtung in Deutschland findet, führt Recherchen für deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen und kümmert sich um den Auftritt der Kontaktstelle in den sozialen Medien.

Sofiiia Sakach befasste sich nach ihrem Germanistik-Studium an der Kiewer Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität mit den Stipendienprogrammen und der Informationsarbeit des DAAD in der Ukraine. In der Nationalen Akademischen Kontaktstelle Ukraine übernimmt sie die Kommunikation mit deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und betreut den Webauftritt der Kontaktstelle.

Im April 2022 wurde die Webseite der Nationalen Akademischen Kontaktstelle Ukraine www.daad-ukraine.org mit weitreichenden Informationen auf Deutsch, Ukrainisch und Englisch eingerichtet. Die Webseite bietet umfassende Informationen zum Aufenthalt in Deutschland. Unter anderem werden grundlegende Bereiche wie Visum, Krankenversicherung und Unterkunft sowie alle weiteren Fragen rund um das Thema Studieren und Forschen in Deutschland adressiert. Die Kontaktstelle veröffentlicht dort auch Förderangebote unterschiedlicher Wissenschaftsinstitutionen und öffentlicher Einrichtungen in Bezug auf Studium und Forschung in Deutschland. Auch für deutsche Hochschulen bietet sie eine zentrale Plattform, auf der Unterstützungsmaßnahmen zur Integration von Ukrainerinnen und Ukrainern ins deutsche Hochschulsystem publiziert werden können. Im Moment sind auf der Webseite knapp 200 Unterstützungsangebote verlinkt: [Übersicht vorhandener Hilfsangebote - DAAD Ukraine](#). In der Rubrik „Über uns - Aktuelles“ werden aktuelle Informationen zu bildungspolitischen Themen, Stipendien und weiteren für die ukrainischen Studierenden und Forschenden relevanten Themen veröffentlicht.

Die Kontaktstelle bietet Beratung über das [Kontaktformular](#) auf der Website, aber auch in Form von Video-Beratungen an. Interessierte können einen passenden Termin buchen und eine individuelle [Video-Beratung](#) über Microsoft Teams in Anspruch nehmen. Insgesamt hat die Kontaktstelle seit ihrer Einrichtung circa 3.700 Anfragen beantwortet. Die Webseite wurde bisher knapp 300.000 Mal aufgerufen.

Die dringendsten Fragen der studierenden/ studierwilligen Ukrainerinnen und Ukrainer, die nach Deutschland gekommen sind, sind folgende:

- Finanzierung des Studiums / der Forschung
- Fragen zu DAAD-Stipendien
- Deutsch lernen
- Kooperation mit deutschen Hochschulen
- Anschlussfinanzierung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach einer befristeten Finanzierung.

Viele Fragen beziehen sich auch auf aufenthaltsrechtliche Themen jenseits der Hochschule, vor allem:

- Aufenthaltsrecht und Visaproblematik für Drittstaatsangehörige
- Ausreise ukrainischer Männer.

Weitere Kanäle, über die Informationen für geflüchtete ukrainische Studierende und Forschende veröffentlicht werden, sind die [Facebook](#)-Seite, die schon früher vom Informationszentrum Kiew betrieben wurde, sowie die neuen [Instagram](#)- und [Telegram](#)-Kanäle.

Weitere Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert zahlreiche uni- und bilaterale Kooperationsvorhaben mit ukrainischen Forschungseinrichtungen und unterstützt das Land bei laufenden Modernisierungsprozessen seines Wissenschaftssystems. So werden neben der Projektförderung zur wissenschaftlichen Vernetzung im Rahmen der gemeinsamen Bekanntmachungen zunehmend auch strukturbildende Maßnahmen und Beratungsprojekte zur Unterstützung der Reformprozesse, zur Internationalisierung und Digitalisierung der ukrainischen Forschungs- und Hochschullandschaft und zur Stärkung der wissenschaftlichen Potentiale vor Ort umgesetzt. Für die Unterstützung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Ukraine stellt das BMBF zusätzliche Projektmittel bereit, mit denen die Alexander von Humboldt-Stiftung vor allem Alumni-Maßnahmen und Stipendienverlängerungen im Wissenschaftler austauschprogramm finanziert. Ergänzend hat die Alexander von Humboldt-Stiftung einen Sonderforschungspreis an einen ukrainischen Forscher verliehen.

Die Philipp Schwartz-Initiative für gefährdete Forschende

Das Auswärtige Amt legte 2016 die Philipp Schwartz-Initiative für gefährdete Forschende auf, die von der Alexander von Humboldt-Stiftung durchgeführt wird.

Sie ermöglicht es wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland, gefährdete Forschende aus allen Ländern außerhalb der Europäischen Union für 24 bis 36 Monate aufzunehmen und ihnen in Sicherheit den Neustart in eine wissenschaftliche Zukunft zu ermöglichen. Ziel ist es, den Verlust wissenschaftlicher Expertise und Potentials zu verhindern. Bis heute konnten mehr als 400 Forschende aus 25 Herkunftsländern an fast 100 Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland über die Initiative Zuflucht finden. Unter den Herkunftsländern sind die Türkei, Syrien, die Ukraine sowie Afghanistan am stärksten vertreten. Über Sondermaßnahmen wie das Sonderprogramm „Brückenförderungen für Wissenschaftler*innen aus Afghanistan“ oder den „Philipp Schwartz-Notfonds Ukraine“ reagiert die Initiative zudem auf besondere Herausforderungen infolge akuter Krisen oder Eskalationen.

Europäische Unterstützung für gefährdete Forschende

Angesichts der weltweit wachsenden Zahl gefährdeter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Zuflucht in Europa suchen, ist klar, dass kein einzelnes Land, keine einzelne Organisation diese Aufgabe allein stemmen kann: eine entschlossene, koordinierte Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure über Landesgrenzen hinweg ist dringend erforderlich. 2019 haben sich zehn europäische Partnerorganisationen – darunter Scholars at Risk Europe, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Collège de France, die European University Association sowie Universitäten in Skandinavien und (Süd)Osteuropa – zum [Inspireurope](#)-Konsortium zusammengeschlossen, um auf europäischer Ebene die Unterstützung für Forschende, die Gefährdungen ihres Lebens, ihrer Freiheit und ihrer Forschung ausgesetzt sind und ins Exil gezwungen wurden, nachhaltig zu stärken. Finanziell unterstützt wird das Konsortium mit Mitteln der Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen.

Inspireurope bemüht sich um die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit bei der Unterstützung gefährdeter Forschender, dem Informationsaustausch untereinander und mit anderen engagierten Institutionen, der Vermittlung von Best Practices, Informations- und Coachingangeboten für gefährdete Forschende und ihre Unterstützerinnen

und Unterstützer sowie die Bereitstellung von Empfehlungen für politische Akteure. Seit September 2022 wird das Projekt in neuer Konstellation für drei weitere Jahre als [Inspireurope+](#) mit Mitteln der Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen fortgesetzt.

Aus dem Inspireurope-Projekt ist das Konsortium hervorgegangen, das sich erfolgreich um die Umsetzung des neuen EU-geförderten MSCA4Ukraine-Programms beworben hat: Seit Frühjahr 2022 koordiniert Scholars at Risk Europe an der Universität Maynooth (Irland), zusammen mit der Alexander von Humboldt-Stiftung und der European University Association (EUA), den Aufbau und die Umsetzung des Programms. Das französische PAUSE-Programm am Collège de France und das globale Scholars at Risk Network sind als assoziierte Partner beteiligt.

Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen: Förderprogramm MSCA4Ukraine

Als Teil der Reaktion der EU auf den russischen Angriff auf die Ukraine wurde ein spezielles Stipendienprogramm mit dem Titel „MSCA4Ukraine“ aufgesetzt. Damit soll mehr als 100 Doktorandinnen und Doktoranden sowie erfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus allen Bereichen der Forschung und Innovation ermöglicht werden, ihre Arbeit an akademischen und nichtakademischen Einrichtungen in EU-Mitgliedstaaten und zu Horizont Europa assoziierten Staaten fortzusetzen. Gleichzeitig werden sie dabei unterstützt, ihre Verbindungen zu Forschungs- und Innovations-Communities in der Ukraine aufrechtzuerhalten. Das Programm soll auch ihre Wiedereingliederung in der Ukraine erleichtern, sobald eine sichere Rückkehr möglich wird, um eine dauerhafte Abwanderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu verhindern und zur Stärkung des ukrainischen Hochschul- und Forschungssektors und seiner Zusammenarbeit mit der internationalen Forschungsgemeinschaft beizutragen. Eine anhaltende institutionelle Anbindung der Stipendiatinnen und Stipendiaten an Institutionen in der Ukraine auch während des Aufenthalts im Ausland sowie die Option zur Re-integration sind zentrale Bestandteile des Programms, mit denen ein dauerhafter „Brain Drain“ aus der ukrainischen Wissenschaft verhindert und so der Wiederaufbau des Wissenschaftssystems vorbereitet werden soll.

MSCA4Ukraine Fakten

- **Zielgruppe:** Doktorandinnen und Doktoranden und erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die am oder nach dem 24. Februar 2022 aus der Ukraine ins Exil gezwungen wurden oder sich noch in der Ukraine aufhalten.
- **Bewerbungen** von potenziellen Gasteinrichtungen im Namen eines oder mehrerer Forschender aus der Ukraine konnten im Zeitraum 24. Oktober – 25. November 2022 eingereicht werden. Es sind über 400 Bewerbungen aus 28 Ländern eingegangen, die meisten von ihnen mit Gasteinrichtungen in Deutschland und Tschechien. Derzeit können keine weiteren Anträge angenommen werden.
- **Bekanntgabe** der Auswahlergebnisse ist am 23. Februar 2023 erfolgt.
- **Gefördert** werden insgesamt 124 Personen (80 Frauen und 44 Männer) mit Gasteinrichtungen in 21 Ländern. Unter den Geförderten sind 111 Postdocs und 13 Promovierende. Mit 26 MSCA4Ukraine-Fellows nehmen deutsche Gasteinrichtungen den höchsten Anteil an Geförderten auf.
- **Dauer der Stipendien:** 6 – 24 Monate
- **Wert:** Die Stipendienhöhe entspricht den Fördersätzen für MSCA Doctoral Networks bzw. MSCA Postdoctoral Fellowships.
- **Webseite:** <https://sareurope.eu/msca4ukraine/>

Erfahrungen von geflüchteten Forschenden in Deutschland sowie ihren deutschen Gasteinrichtungen

Interview mit der türkischen Stipendiatin der Philipp-Schwartz Initiative Dr. Funda Karapehlivan

Dr. Funda Karapehlivan, Stipendiatin am Leibniz Forschungszentrum für Wissenschaft und Gesellschaft der Universität Hannover (2020 bis 2022), Dozentin am Institut für Soziologie seit dem Wintersemester 2021/2022. Einen ihrer Forschungsschwerpunkte bildet das Thema, „Wenn sich akademische Welten treffen: Transformation von akademischem Habitus und migrantischer AkademikerInnen in der deutschen Hochschulbildung“

Liebe Frau Dr. Karapehlivan, woran forschen Sie momentan?

Im September 2020 kam ich als Postdoc zum Leibniz Forschungszentrum Wissenschaft und Gesellschaft der Universität Hannover und werde seitdem durch ein Stipendium der Philipp-Schwartz-Initiative der Alexander-von-Humboldt Stiftung gefördert. Davor war ich in der Abteilung für Soziologie an der Marmara Universität in Istanbul tätig. Aufgrund eines Gesetzesdekrets wurde ich dort am 7. Februar 2017 als Dozentin entlassen, da ich eine Friedenspetition namens „We will not be a party to this crime!“ unterschrieben hatte. Diese Petition rief den türkischen Staat dazu auf, die Willkür und Gewalt gegenüber Kurden zu beenden und in Verhandlungen zu treten.

Meine eigenen Erfahrungen als entlassene, gefährdete Forscherin sowie meine vorherige Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus bildungssoziologischen Arbeiten haben mein Interesse an der Forschung im Bereich „Wissenschaft und Gesellschaft“ geweckt. Insbesondere beschäftige ich mich mit der akademischen Profession und Identität sowie mit der Rolle des sozialen Kapitals im akademischen Bereich. Darüber hinaus interessiere ich mich für die Frage, wie Sozialpolitik generell und Hochschulpolitik im Einzelnen die Forschungsvorhaben

und -praktiken und die Veränderung von Forschungsperspektiven beeinflussen. So entwickelte sich mein wissenschaftlicher Fokus auf dem Konzept der Reflexivität.

Aktuell arbeite ich an zwei Projekten: Das Erste beschäftigt sich mit akademischer Identität und den Grenzen des akademischen Bereiches. Ziel ist, die Charakteristika der akademischen Identität zu analysieren und zu verstehen, indem man sich das Beispiel von entlassenen academics for peace in der Türkei anschaut. Das zweite Projekt analysiert die Hochschulpolitik unter autoritären Regimen.

Wie kam Ihr Kontakt zur Universität Hannover zustande?

Als ich an der Marmara Universität beschäftigt war, beteiligte ich mich an einem vom DAAD geförderten Forschungsprojekt mit dem Titel [Migration, Geschlecht und Gesundheit](#). Bei diesem Projekt, das als Teil der DAAD-Förderlinie „Hochschuldialog mit der Islamischen Welt“ fungierte, wirkten deutsche sowie türkische Wissenschaftlerinnen mit. Bei einem Gastaufenthalt in Deutschland lernte ich Prof. Dr. Anna Kosmützky kennen, die zu diesem Zeitpunkt an der Universität Kassel tätig war. Aufgrund unserer gemeinsamen Interessen an der Soziologie der Hochschulbildung tauschten wir einige Ideen aus und planten, miteinander zu arbeiten. Kurz nach Projektende wurde ich jedoch von meiner türkischen Universität entlassen. Inzwischen hatte Prof. Dr. Kosmützky ihre Tätigkeit am Leibniz Forschungszentrum Wissenschaft und Gesellschaft der Universität Hannover aufgenommen. Einige Zeit nach meiner Entlassung kontaktierte ich Prof. Kosmützky und fragte sie, ob sie meine Mentorin für das PSI-Stipendium werden kann.

Wie sind Sie auf das Förderprogramm der Philipp-Schwartz-Initiative aufmerksam geworden?

Einige meiner türkischen Kolleginnen und Kollegen, die ebenfalls die Friedenspetition unterschrieben hatten und daraufhin entlassen wurden, erhielten bereits ein Stipendium der Philipp-Schwartz-Initiative der Alexander-von-Humboldt Stiftung. Durch sie habe ich von diesem Programm erfahren.

Wie lief das Bewerbungsverfahren in Ihrem Fall ab?

Der Antrag wird formal von der Einrichtung gestellt, an der die gefährdete Wissenschaftlerin bzw. der

gefährdete Wissenschaftler eine Mentorin bzw. einen Mentor gefunden hat. Für den Antrag musste ich ein Forschungsvorhaben vorbereiten, meinen Lebenslauf einreichen und einige Formulare ausfüllen. In den Antragsprozess selbst war ich nicht involviert. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Bewerbung um ein Phillip Schwartz Stipendium ist, dass die Wissenschaftlerin bzw. der Wissenschaftler als gefährdet anerkannt wird. Dies ist tatsächlich der erste Schritt, um sich auf das Förderprogramm für gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bewerben zu können. Manchmal kann es allerdings ziemlich lange dauern, den Status als gefährdete Wissenschaftlerin bzw. als gefährdeter Wissenschaftler zu erlangen.

Wie wurden Sie an Ihrer Einrichtung integriert? Welche Unterstützung bekommen Sie von Ihren Kolleginnen und Kollegen?

Ich wurde hervorragend durch meine Kolleginnen und Kollegen meiner Forschungseinrichtung, dem Leibniz Center Wissenschaft und Gesellschaft (LCSS) der Universität Hannover, unterstützt, insbesondere von Dr. Nadja Bielezki und von Frau Manuela Schimmels aus dem International Office.

Mein erstes Jahr an der Universität Hannover wurde von der Pandemie überschattet: insgesamt acht Monate durften wir nur im Home-Office arbeiten. Diese Situation hat meine Tätigkeit beeinträchtigt und es erschwerte mich zu integrieren und zu vernetzen. Trotz dieser herausfordernden Umstände erhielt ich viel Unterstützung von meinen Kolleginnen und Kollegen am LCSS. So konnte ich an akademischen Online-Veranstaltungen teilnehmen und Vorträge halten. Bei digitalen Get-Together-Events, angeboten vom International Office, konnte ich zudem mein Umfeld kennenlernen. In meinem zweiten Jahr habe ich neben der Fortführung meiner Forschung auch einige Lehraufträge am Institut für Soziologie übernehmen können. Diese Lehrtätigkeit hat zu meiner Integration in das akademische Leben an der Leibniz Universität Hannover maßgeblich beigetragen.

Was wünschen Sie sich in Bezug auf Ihre akademische Karriere für die Zukunft?

Ich glaube, dass Akademikerinnen und Akademiker eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft haben. Teil dieser Verantwortung ist die Erzeugung

von kritischem Wissen sowie seine möglichst weite Verbreitung. Deshalb möchte ich weiterhin forschen und lehren. Ich hoffe, mit meiner aktuellen Forschung zur Literatur der akademischen Identität und des akademischen Wissenschaftsbereichs dazu etwas beitragen zu können. Darüber hinaus will ich meine Lehrfähigkeit weiter ausbauen und inspirierende sowie anregende Diskussionen mit Studentinnen und Studenten fortführen.

Interview mit Manuela Schimmels, der Beauftragten für gefährdete Forschende an der Leibniz Universität Hannover

Manuela Schimmels, Forscherberaterin am Welcome Centre seit 2007. Beauftragte für gefährdete Forschende an der Leibniz Universität Hannover seit 2015

Frau Schimmels, mit welchen Fragen wenden sich geflüchtete bzw. gefährdete Forschende an Sie?

Gefährdete Forschende sind auf der Suche nach einer neuen wissenschaftlichen und persönlichen Perspektive und benötigen erstmal Informationen über die Bedingungen und Möglichkeiten eines Forschungsaufenthaltes in Deutschland, erst danach kommen Fragen zum Leben in Deutschland. In erster Linie benötigen sie Informationen über die Möglichkeit hier zu forschen und wie dies finanziert werden kann. Hinzu kommt der Sicherheitsaspekt, der eine weitere große Rolle spielt. Wie kann ich sicher und schnell mein Land verlassen, wie schütze ich meine Familie und kann ich dann wirklich wieder frei forschen?

Danach rücken allgemeine Fragen zum Leben in Deutschland und Hannover in den Fokus. Vor allen Dingen Fragen, welche die mitreisende Familie betreffen, wie z.B. wie sicher können meine Kinder dort leben, wie sieht ein Schulbesuch aus, hat mein Partner in Deutschland eine Chance zu arbeiten. Ab diesem Zeitpunkt unterscheidet sich dann ein gefährdeter bzw. geflüchteter Forscher nicht mehr von anderen internationalen Forschenden, die nach Deutschland kommen.

Welche besonderen Herausforderungen sind Ihnen bei der Unterstützung von geflüchteten/gefährdeten

Forschenden aufgefallen? Wie haben Sie diese an der Leibniz Universität Hannover gemeistert?

Meiner Ansicht nach ist es besonders schwierig, ein allgemeines Bewusstsein für die besonderen Umstände gefährdeter und geflüchteter Forschender in den wissenschaftszentrierten Instituten zu wecken. Jeder hat schon mal etwas davon gehört und ist sehr aufgeschlossen und möchte auch helfen. Wenn man dann aber direkt mit einem, im schlimmsten Fall, traumatisierten Forschenden zusammenarbeitet, kommen viele an ihre Grenzen. Besonders in der Anfangszeit benötigen viele gefährdete Forschende Zeit, um wieder in ein „normales“ Leben zu finden. Sie haben nun die Möglichkeit zu reflektieren und fangen an, die Zeit vor ihrer Gefährdung und/oder Flucht zu verarbeiten. Dies kann durchaus ein längerer Prozess sein, der von allen Beteiligten einiges abverlangt, aber ungemein wichtig ist.

Durch die Unterstützung und die klare Positionierung der Leibniz Universität Hannover ist es gelungen, dieses Thema aktuell zu halten und auch die Wichtigkeit der Unterstützung solcher Personengruppen in die Institute zu bringen.

Ich persönlich versuche immer offen das Gespräch mit den Forschenden und Instituten zu suchen, d.h. schon vor Beginn des Aufenthalts spreche ich mit den Betreuenden in den Instituten, was eventuell auf sie zukommen kann. Ich begleite sie während des gesamten Aufenthaltes und halte regelmäßig Rücksprache, was sich momentan tut und wo eventuell Schwierigkeiten liegen. Darüber hinaus treffe ich mich regelmäßig mit den Forschenden, meist in lockerer Atmosphäre, wie z.B. bei einem Spaziergang und erkundige mich danach, wie es ihnen geht und wo es eventuell Probleme gibt.

Wenn man es schafft mit Ehrlichkeit und Empathie ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, kann man schnell Hemmschwellen auf beiden Seiten abbauen und Problemen und Schwierigkeiten vorbeugen.

Ausgehend von Ihren bisherigen Erfahrungen mit der Integration von gefährdeten Forschenden, welche strukturellen Anpassungen (z.B. in Bezug auf Personalressourcen oder Prozessoptimierung) werden an der Leibniz Universität Hannover vorgenommen, um gefährdete Forschende zukünftig schneller aufnehmen zu können?

Seit 2015 gibt es an der LUH zwei Personen, an die sich geflüchtete und gefährdete Forschende und Studieninteressierte wenden können, dies ist ein enormer Vorteil. Diese Anlaufstellen wird es auch weiterhin geben, was in Zeiten der Einsparungen ein deutliches Signal ist.

Ganz wichtig ist es, ein allgemeines Bewusstsein für diese besonderen Forschungsumstände zu schaffen; hier hat das Präsidium mit seiner klaren und wiederholten Positionierung viel bewirken können. Mit Beginn des Ukrainekriegs wurde z.B., teilweise mit ganz einfachen Mitteln, versucht, Personen an der Universität einzubinden: so konnten sich ukrainische und auch russische Forschende in eine Datenbank eintragen, um ihr wissenschaftliches Portfolio darzustellen. Über das Präsidium wurde diese Datenbank an die Institute herangetragen und so konnten dann sechs Personen vermittelt werden, die zurzeit an der LUH forschen bzw. weiter an ihrer Dissertation arbeiten. Wir arbeiten an einer Lösung, dies zu professionalisieren und weiter auszubauen.

Welche Ressourcen oder Netzwerke haben Sie verwendet, um das Unterstützungsangebot für gefährdete Forschende an der Leibniz Universität Hannover auf- bzw. auszubauen?

Seit 2019 ist die Leibniz Universität Hannover Mitglied bei Scholars at Risk und Scholars at Risk - Germany. Dies hat dazu geführt, dass ich mich gerade um den Aufbau eines Scholars at Risk Netzwerkes Norddeutschland bemühe, um regionale Kräfte zu bündeln.

Diese Idee ist entstanden, als ich 2021 eine Speaker Series zum Thema „Politics of Repression - Strategies and Resistances in Scholarship“ in Zusammenarbeit mit den Universitäten Bremen, Göttingen, Oldenburg und der Leuphana organisiert und durchgeführt habe. Dafür war es sehr hilfreich im EURAXESS-Netzwerk zu sein, so dass man gezielt Kolleginnen und Kollegen ansprechen und schnell Gleichgesinnte finden konnte. Darüber hinaus sind es natürlich die regionalen Netzwerke, die man seit Jahren pflegt und aufbaut. Wir arbeiten mit den städtischen Behörden ebenso intensiv zusammen wie mit Vereinen, die sich engagieren. Dies soll weiterhin gepflegt und intensiviert werden.

Welchen Rat würden Sie Kolleginnen und Kollegen geben, die zum ersten Mal gefährdete Forschende unterstützen?

Hört gut zu und lernt aus den Gesprächen mit Betroffenen, habt immer ein offenes Ohr auch für die Fragen und Probleme der betreuenden Institute und Gastgeber. Es ist wichtig, den Menschen, nicht nur den Forschenden kennen zu lernen, das passiert nicht bei einem einzelnen Gespräch, sondern ist ein fortlaufender Prozess, bei dem man unter Umständen auch viel Geduld aufbringen muss. Aber es lohnt sich!

Was wünschen Sie sich für die Unterstützung von gefährdeten Forschenden in der Zukunft an Ihrer Einrichtung und in Deutschland insgesamt?

In erster Linie sind es vor allen Dingen finanzielle Mittel, die momentan sehr knapp geworden sind. Hier sind die Universitäten und Forschungseinrichtungen gefragt, die Wichtigkeit des Themas hochzuhalten. In den Fokus soll dabei aber verstärkt gerückt werden, dass gefährdete und geflohene Forschende nicht nur eine humanitäre Aufgabe darstellen, sondern vor allem Wissensträger sind, von denen unsere akademische Landschaft profitiert.

Impressum

Impressum:

Herausgeber:

Bundesministerium für Bildung und Forschung
(BMBF)

Referat 413 – Europäischer Hochschulraum,
Internationalisierung
Kapelle-Ufer 1
10117 Berlin
Tel.: 0228 9957-0
Fax: 0228 9957-83601
E-Mail: information@bmbf.bund.de

www.bmbf.de

NKS-MSC wird betreut durch:

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.
DLR Projektträger
Nationale Kontaktstelle
Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen
Heinrich-Konen-Str. 1
53227 Bonn

www.dlr-pt.de

www.nks-msc.de

Redaktion:

Felix Beckendorf
Felix.beckendorf@dlr.de

Gestaltung:

DLR Projektträger

Stand

März 2023

Bildnachweis

Cover: thinkstock.com

Die Nationale Kontaktstelle Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen

Die Nationale Kontaktstelle Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (NKS MSC) arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Sie berät zu den Fördermöglichkeiten in Horizont Europa – dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation – und unterstützt Förderinteressierte und Antragstellende in allen Phasen der Programmbeteiligung. Als autorisierter Ansprechpartner für die zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission, ist die NKS MSC Teil des offiziellen NKS-Systems der Bundesregierung.

Der DLR Projektträger ist einer der größten deutschen Dienstleister zur Förderung von Forschung, Innovation und Bildung. Seine Arbeitsfelder sind Bildung, Kultur, Umwelt, Gesundheit, Innovation, Schlüsseltechnologien und Internationale Kooperationen.

Seit mehr als 20 Jahren trägt der DLR Projektträger Verantwortung für die Geschäftsstelle des deutschen NKS-Systems und beheimatet die NKS aller themenübergreifenden Programmbeiräte sowie mehrere Fachkontaktstellen.